

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 291 (2012)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühner, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-515321>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Revolutionen, so zeigt die Geschichte, wurzeln meist in wirtschaftlich-sozialen Missständen. Wie in der Französischen Revolution genügt dann oft ein kleiner Funke – 1789 war es ein beispielloser Anstieg des Brotpreises nach einer Missernte –, um die tiefer liegenden Spannungen zur Entladung zu bringen. Erst die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung lässt eine Revolution zum Erfolg gelangen. Begünstigt werden Revolutionen durch die Unfähigkeit der Herrschenden, adäquat zu reagieren: Statt auf Reformen, die manchmal zu spät kommen, setzen viele auf Repression und gnadenlose Gewalt.

Die arabische Welt war zweifellos seit langem reif für revolutionäre Umwälzungen. Repressive politische Systeme, weitverbreitete Korruption, mangelhafte Wirtschaftsleistung (abgesehen von Erdölexporten), hohe Arbeitslosigkeit und wenig Perspektiven für das wachsende Heer jugendlicher Studienabgänger: Diese Konstellation bildete in fast allen Ländern einen explosiven Nährboden. Die konkreten Situationen in den einzelnen Ländern waren unterschiedlich, die tieferen Ursachen grösstenteils identisch. Arabiens Völker demonstrierten ihren Herrschern, dass sie genug von Gängelei, Unterdrückung und

Inkompetenz hatten. Obschon die Zeichen an der Wand standen, war der «arabische Frühling» von kaum einem Nahostexperten erwartet worden; allzu sehr blieb man auf die Herausforderung durch islamistische Bewegungen und Terrorgruppen fixiert.

«Jasmin-Revolution» in Tunesien

Am 17. Dezember 2010 zündete sich der Gemüsehändler Mohammed Buazizi in Sidi Bouzid, einer tunesischen Kleinstadt, öffentlich an, um gegen behördliche Schikanen und miserable Lebensbedingungen zu protestieren. Es war der buchstäbliche Funke im Pulverfass. Die Nachricht über die Selbstverbrennung verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Spontan brachen in verschiedenen Teilen Tunesiens Unruhen aus; Menschen gingen trotz Verboten auf die Strasse. Neue Kommunikationsmittel wie Facebook und Twitter begünstigten die Ausweitung der Protestbewegung. In zahlreichen Städten kam es zu gewaltsamen Zusammenstössen mit den Sicherheitskräften des Regimes. Binnen weniger als einem Monat führte der Volksaufstand zum Umsturz: Staatschef Zine el-Abidine Ben Ali verliess das Land am 14. Januar bei Nacht und

Nebel. Er hatte Tunesien 23 Jahre lang quasi diktatorisch regiert, gestützt auf eine autoritär-sozialistische Partei. Wahlen waren in dieser Zeit notorisch manipuliert worden, Ben Alis Familie hatte sich skrupellos bereichert. Gegenüber dem Ausland hatte es der Dikator indessen verstanden, sein Land als Erfolgsmodell darzustellen; vielen Beobachtern erschien Tunesien als stabiles und vergleichsweise offenes Land.

Die «Jasmin-Revolution», wie sie nach der Nationalblume Tunesiens genannt wurde, forderte nach UNO-Angaben 117 Opfer unter der Bevölkerung. Zwei Wochen nach der Flucht Ben Alis trat die noch von ihm eingesetzte Übergangsregierung unter Mohammed Ghannouchi nach heftigen Strassenprotesten zurück. Die frühere Staatspartei RCD wurde durch einen Gerichtsbeschluss aufgelöst. Gegen den früheren Präsidenten Ben Ali erliess Tunesien einen internationalen Haftbefehl.

Die Nachricht vom Umsturz in Tunesien wurde durch den arabischen Sender Al Jazeera in der ganzen arabisch-islamischen Welt verbreitet. In Algerien kam es am 5. Januar 2011 zu Unruhen; Auslöser waren dort stark gestiegene Preise für Grundnahrungsmittel. Vor allem in der Hauptstadt ereigneten sich Zu-

sammenstöße mit den Sicherheitskräften. Die Militärregierung kam den Protestierenden immerhin in einem Punkt entgegen: Am 24. Februar erfüllte sie mit der Aufhebung des seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustandes eine ihrer Hauptforderungen.

«Tage des Zorns» in Ägypten

Am nachhaltigsten wirkte sich der Wirbelwind der Revolution in Ägypten aus. Im Nilland

herrschte ein ähnlich repressives politisches Klima wie in Tunesien. Präsident Hosni Mubarak, der 1981, nach der Ermordung von Anwar el Sadat, als General an die Staatsspitze gekommen war, klammerte sich eisern an die Macht, gestützt auf Notstandsgesetze, die ihm diktatorische Befugnisse gaben. Zum Unmut breiter Bevölkerungsschichten über das autoritäre Regime und den Sicherheitsapparat gesellten sich Frustrationen über fehlende Mitsprache-

möglichkeiten, über offenkundige Wahlfälschungen sowie Korruption auf allen Ebenen des Staates und der Wirtschaft. Hintergrund des Protestes in Ägypten waren jedoch die wirtschaftlich-soziale Probleme: ein ungebremstes Bevölkerungswachstum, ein Millionenheer vorwiegend junger Arbeitsloser und Unterbeschäftigter sowie steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise, die immer breitere Bevölkerungsschichten verarmen liessen.



Bild: Keystone

Menschen, die Geschichte schreiben: Auf dem Tahrir-Platz in Kairo versammeln sich Tag für Tag Zehntausende, um für Demokratie und Menschenrechte zu protestieren.

Offenkundig inspiriert von den Vorgängen in Tunesien, begann der Aufstand gegen das Mubarak-Regime am 25. Januar mit einem «Tag des Zorns». Die Demonstranten vor dem Obersten Gericht in Kairo forderten politische Reformen, die Einhaltung der Grundrechte, Meinungsfreiheit sowie demokratische Wahlen. Auch in den Städten Alexandria, Ismailiyya, Assuan, Assiut und al-Mahdiyya gab es Kundgebungen. Nachdem es anfangs nur vereinzelt zu Zusammenstößen mit der Staatsgewalt gekommen war, gingen am 28. und 29. Januar Sicherheitskräfte mit scharfer Munition gegen die Protestierenden vor – mit verheerenden Folgen; mehrere hundert Menschen fanden den Tod. Aktionen jugendlicher Schlägertrupps, die von der regierenden Nationaldemokratischen Partei (NPD) angeheuert worden waren, stachelten die Empörung der Menschen noch weiter an. Zentrum des Widerstandes gegen das Mubarak-Regime wurde der Tahrir-Platz im Zentrum von Kairo, wo sich Tag für Tag und Nacht für Nacht Zehntausende versammelten, um für Demokratie und Menschenrechte zu demonstrieren. Die Armee, die sich von Anfang an eher passiv verhalten hatte, übernahm nun zusehends eine Rolle als Ordnungsmacht; im Zentrum von Kairo verhinderte sie weitere gewaltsame Zusammenstöße zwischen Protestierenden und Mubarak-Anhän-

gern. Schrittweise wich das Regime zurück: Am 1. Februar kündigte der 74jährige Mubarak an, bei den kommenden Präsidentenwahlen nicht mehr kandidieren zu wollen. Am 8. Februar setzte er ein elfköpfiges Richtergremium ein, das die Verfassung überarbeiten sollte. Damit war zwar eine zentrale Forderung der Demonstranten erfüllt. Doch mit Zugeständnissen dieser Art liessen sich die auf dem Tahrir-Platz verharrenden Menschen nicht mehr besänftigen. Der Druck auf Mubarak nahm weiter zu; auch aus den USA und Europa erklang jetzt der Ruf nach einem Rücktritt des Autokraten. Am 11. Februar gab der bedrängte Herrscher nach und verkündete seine sofortige Demission. Die Macht im Land übernahm ein Oberster Rat der Streitkräfte unter Verteidigungsminister Mohammed Hussein Tantawi. Mubarak und seine Familie wurden unter Hausarrest (in Sharm-el-Sheik) gesetzt, ihr Vermögen eingefroren. Bereits am 19. März konnten die Ägypterinnen und Ägypter über eine neue Verfassung abstimmen, die den Weg für Neuwahlen freimachte; 77 % der Stimmberechtigten sagten Ja dazu.

«Arabischer Frühling»

Der Umsturz in Ägypten wirkte in der ganzen arabischen Welt wie ein Fanal. In vielen Ländern kam es zu Kundgebungen gegen die Staatsmacht. In Jorda-

nien beteuerte König Abdullah II. seine Reformbereitschaft und wechselte die Regierung aus. Es blieb bei friedlichen Demonstrationen.

Im Golf-Königreich Bahrain gingen ab Mitte Februar Menschen auf die Strasse. Sie protestierten gegen eine Ordnung, welche die schiitische Bevölkerungsmehrheit seit jeher benachteiligt (die Macht liegt ausschliesslich in den Händen von Sunniten). Die Demonstrierenden forderten Demokratie und Mitbestimmungsrechte; vereinzelt wurde auch die Abschaffung des Herrscherhauses verlangt. Mitte Februar eskalierten die Proteste, nachdem Sicherheitskräfte ein Zeltlager auf dem zentralen Perlenplatz gewaltsam geräumt hatten. Mindestens 30 Personen kamen bei den Unruhen ums Leben. Wegen der Proteste wurde der Grosse Preis von Bahrain in der Formel-1 abgesagt. Am 15. März verkündete König Hamad ibn Isa al Khalifa einen dreimonatigen Ausnahmezustand. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate eilten dem bedrängten Herrscherhaus mit Truppen zu Hilfe. Die Demonstrationen in der Hauptstadt Manama wurden niedergeschlagen, eine Verhaftungswelle folgte.

Während es in den andern Golfstaaten (Kuwait, Qatar und Emirate) nur vereinzelt zu Protestkundgebungen kam, erfasste der «arabische Frühling» auch Oman. Der Protest richtete sich

gegen das Regime des seit 1970 absolut regierenden Sultans Qabus ibn Said. In der Industriestadt Sohar gingen mehrere tausend Menschen auf die Strasse; Militär und Polizei unterdrückten die Proteste mit Gewalt. Sultan Qabus kündigte indessen an, die Versorgungsengpässe im Land beheben zu wollen sowie mehr Stipendien für Studenten zu gewähren.

Auch Saudi-Arabien erlebte Proteste: In Riad demonstrierten Frauen für die Freilassung politischer Gefangener, im Osten des Landes Schiiten für mehr Rechte. In Jemen, dem ärmsten Land auf der arabischen Halbinsel, gingen seit dem 27. Januar Woche für Woche Menschen auf die Strassen, um gegen das Regime von Präsident Ali Abdullah Saleh zu demonstrieren. Unmittelbarer Auslöser war eine Verfassungsänderung, die Saleh, der seit 30 Jahren an der Macht war, die Präsidentschaft auf Lebenszeit garantieren sollte. Mehrfach schlug Saleh Vermittlungsvorschläge der Arabischen Liga aus, worin ihm für den Fall seines Rücktritts Straffreiheit zugesichert wurde. Angesichts der Opposition wichtiger Stämme war jedoch sein Sturz nur noch eine Frage der Zeit.

Selbst in Iran und China gingen Menschen auf die Strasse; die Proteste wurden jedoch von den Sicherheitskräften im Keim erstickt. In China beispielsweise reagierten die Behörden auf Internet-Aufrufe mit der Alarmierung von Truppen. Im Internet

liessen sie Suchbegriffe wie «Jasmin» oder «Demokratie» sperren.

Blutvergiessen in Syrien

In zwei arabischen Staaten mit besonders repressiven Regimen – in Syrien und Libyen – führten die Auseinandersetzungen zu blutigen Bürgerkriegen. Bereits früher hatte das Assad-Regime auf Widerstand mit gnadenloser Gewalt reagiert: 1982 war ein Aufstand der Muslimbruderschaft in der Stadt Hama blutig niedergeschlagen worden; schätzungsweise 20 000 Menschen hatten damals ihr Leben verloren. 1982 stand Hafez el Assad an der Spitze des Staates. Nach dessen Tod im Jahr 2000 hatte sein Sohn Bashar el Assad die Macht übernommen; anfänglich galt er als Vertreter einer neuen Generation und offen für Reformen. Bashar reagierte auf die Umwälzungen in Tunesien und Ägypten zunächst mit Reformbeteuerungen und wirtschaftlichen Lockerungen, und erstaunlicherweise blieb es in Syrien lange ruhig. Erst Mitte März fanden erste Kundgebungen gegen das Regime statt. Brennpunkt war die Stadt Dara'a an der Grenze zu Jordanien. Auch in Damaskus, Homs, Hama, Baniyas, Lattakia und vielen andern Städten gingen Menschen auf die Strasse, um für Freiheit und Menschenrechte zu protestieren. Wiederholt wurden Kundgebungen von Sicherheitskräften angegriffen oder von Heckenschützen be-

schossen. Ab Mitte April nahmen die Auseinandersetzungen an Heftigkeit zu. In Damaskus versammelten sich am 15. April Hunderttausende. Am 21. April hob der Präsident den seit 48 Jahren geltenden Ausnahmezustand auf; doch gleichzeitig gingen die Sicherheitskräfte immer brutaler gegen die Proteste vor. Demonstranten wurden wahllos beschossen, einzelne Städte wie Dara'a und Homs von der Außenwelt abgeriegelt und Menschen willkürlich festgenommen oder umgebracht.

Die USA und die EU verurteilten die Gewalt in Syrien und erliessen gegen Assad und seine Entourage Einreisesperren. Ein direktes Eingreifen zugunsten der syrischen Zivilbevölkerung schlossen die Westmächte jedoch aus.

Bürgerkrieg in Libyen

Anders in Libyen. Dort herrscht seit dem Staatsstreich von 1969 Muammar el Ghadhafi absolut und unberechenbar. Jahrelang galt der Wüstenstaat als Hort des internationalen Terrorismus; andererseits zählte es zu den wichtigsten Erdöl- und Erdgaslieferanten Europas. Mitte Februar, nach dem Sturz Mubarak, kam es zu ersten grösseren Protestkundgebungen gegen die Ghadhafi-Diktatur. Die Staatsgewalt reagierte mit gnadenloser Härte. Die Auseinandersetzungen weiteten sich rasch zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen aus. Ghadhafi scheute sich nicht,



Bild: Keystone

Aufständische kontrollieren die schwer zerstörte libysche Stadt Misrata nach Kämpfen mit Ghadhafis Truppen.

ausländische Söldner gegen seine Gegner einzusetzen. Vereinzelt liefen Sicherheitskräfte und Offiziere der Armee zu den Aufständischen über. Mehrere hochrangige Mitglieder der Regierung, unter ihnen auch der UNO-Botschafter, kehrten dem Diktator den Rücken. Benghazi, die bedeutendste und grösste Stadt Ostlibyens, fiel am 20. Februar in die Hände der Rebellen. Diese kontrollierten schliesslich den gesamten Osten des Landes sowie mehrere Erdölstädte, während Ghadhafi die Oberhand in der Hauptstadt Tripolis und im Westen behielt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Libyen hatten eine Flüchtlingswelle zur Folge; Zehntausende von Gastarbeitern, viele unter ihnen aus Asien, «strandeten» an der libysch-tunesischen Grenze, be-

vor sie in ihre Heimatländer zurücktransportiert werden konnten.

Das skrupellose Vorgehen der Ghadhafi-Anhänger traf nicht nur bewaffnete Rebellen, sondern auch Zivilpersonen. Auch die Luftwaffe wurde gegen besetzte Städte eingesetzt. Am 21. Februar erliess der UNO-Sicherheitsrat Sanktionen, darunter ein Waffenembargo und Reisebeschränkungen für hochrangige Vertreter des Ghadhafi-Regimes. Auf Ersuchen der Arabischen Liga beschloss der UNO-Sicherheitsrat am 17. März die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen. Gestützt auf die UNO-Resolution 1973 gingen die USA, Frankreich und Grossbritannien ab dem 19. März mit Luftschlägen gezielt gegen Einrichtungen des Ghad-

hafi-Regimes vor. Am 31. März übernahm die Nato die Koordination des Einsatzes. Dieser erreichte zwar, dass Ghadhafis Armee kaum mehr über einsatzfähige Massenvernichtungswaffen verfügte. Den Sturz des Diktators vermochte die Intervention von aussen bis Ende Mai jedoch nicht herbeizuführen. Doch liessen weitere Absetzbewegungen aus den Reihen der Generalität und des Regimes erkennen, dass die Tage des Ghadhafi-Regimes gezählt waren.

Tötung Bin Ladens

So unterschiedlich die Auseinandersetzungen in den verschiedenen arabischen Ländern abliefen – eines war ihnen gemeinsam: Nirgends spielten Islamisten oder ihnen nahestehende Terrorgruppen eine zentrale Rolle bei den Volksaufständen. Im Gegenteil: Die Rufe nach Demokratie und Menschenrechten schienen die islamistisch-fundamentalistischen Gruppierungen eher auf dem falschen Fuss erwischte zu haben. Zwischen beiden Konzepten klaffen in der Tat tiefe Gegensätze: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einerseits und islamistische Staatsvorstellungen andererseits scheinen nur bedingt kompatibel zu sein. Anschauungsunterricht bot etwa der Iran, der unter dem Mullah-Regime zu einer pseudoreligiösen Diktatur verkommen war.

Die Revolutionen in arabischen Ländern zeigten eines deutlich: Terrorgruppen wie al-



Pakistanische Schaulustige suchen vor dem Haus, in welchem sich der Terrorist Osama bin Laden verschanzt hielt, nach Überresten der amerikanischen Militäraktion.

Kaida mögen gemäss Umfragen immer noch Sympathie geniessen; sie üben aber unter Jugendlichen nicht mehr die gleiche Faszination aus wie noch vor wenigen Jahren. Es war denn auch symptomatisch, dass die Tötung von al-Kaida-Chef Osama Bin Laden durch ein amerikanisches Spezialkommando ausser in Pakistan kaum irgendwo gewaltsame Reaktionen hervorrief. Nach Angaben der US-Regierung wurde Bin Laden am frühen Morgen des

2. Mai von Einheiten der Navy Seals im zweiten Stock seines Hauses in Abbottabad erschossen – 50 Kilometer (Luftlinie) entfernt von der Hauptstadt Islamabad. Bei der von Präsident Obama befohlenen, etwa 40minütigen Militäraktion wurden vier weitere Personen getötet, darunter ein Sohn Bin Ladens. Die Leiche des Terrorchefs wurde auf einen Flugzeugträger der US Navy ausgeflogen und umgehend im Arabischen Meer bestattet. Al-Kaida bestätigte den

Tod des Terrorchefs. Offen blieb die Frage, wie es dem Hauptverantwortlichen der Anschläge auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 jahrelang möglich gewesen war, sich nahe der grössten und bestbewachten Militärakademie Pakistans unentdeckt aufzuhalten.

Mittelöstlicher Krisenbogen

Pakistan und Afghanistan blieben potenziell gefährliche Krisenherde. In beiden Ländern

sorgten Taliban-Rebellen anhaltend für Gewalt und Terror. Den islamistischen Rebellen arbeiteten Korruption, Armut und die Präsenz ausländischer Truppen in die Hände. Nicht weniger als 130 000 Mann aus 48 Nationen sorgen in Afghanistan zurzeit für Sicherheit; trotzdem ist die Lage prekär. Das Land am Hindukusch blieb im übrigen der bedeutendste Produzent von Opium und Cannabisharz auf der Welt.

Irak machte zwar weiterhin durch Terroranschläge von sich reden. Aber die Sicherheitslage verschlechterte sich nicht grundsätzlich. Der Truppenabzug der USA ging planmässig vonstatten; er soll bis 2012 abgeschlossen sein. Die Demokratisierung des Landes kam jedoch nur mühsam voran: Nach den Parlamentswahlen vom März 2010, bei denen keines der politischen Lager eine Mehrheit erlangte, konnte erst nach monatelangem politischem Tauziehen eine neue Regierung unter Premierminister al-Maliki eingesetzt werden.

Im Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern gab es auch 2010/2011 keine Fortschritte. Im Gegenteil, ungeachtet amerikanischer Proteste setzte Israel die Siedlungstätigkeit im besetzten Westjordanland fort. Die Forderung von US-Präsident Obama, die Suche nach einer Friedensregelung müsse von den Grenzen vor 1967 ausgehen, stiess bei Premierminister Benjamin Netanyahu auf schroffe Ablehnung. Anfang Mai

2011 schlossen die verfeindeten Palästinenserorganisationen Fatah und Hamas unter ägyptischer Vermittlung ein Versöhnungsabkommen – Anlass für die Israelis, die Kontakte mit Palästinenserpräsident Abbas erneut einzufrieren.

Tsunami und Kernschmelze

Am 11. März 2011 um 14:46:23 Uhr Ortszeit ereignete sich vor der Ostküste Japans ein schweres Erdbeben. Das Zentrum des Bebens lag 24,4 Kilometer unter dem Meeresboden, 130 Kilometer östlich der Stadt Sendai und knapp 400 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Tokio. An der Ostküste der japanischen Hauptinsel Honshu fielen daraufhin Gebäude wie Kartenhäuser zusammen, ein gigantischer Tsunami riss Autos, Häuser und Menschen mit. Bis Mai wurden rund

15 000 Opfer geborgen; Tausende blieben trotz intensiver Sucharbeiten vermisst. Schwer gestört wurden das japanische Verkehrsnetz sowie die Energieversorgung; auch Tokios Flughäfen mussten vorübergehend geschlossen werden. Wegen des Erdbebens wurden nach offiziellen Angaben 210 000 Menschen evakuiert, 5,5 Millionen Haushalte waren ohne Strom und eine Million Haushalte ohne Wasser. Trotzdem wäre das an Naturkatastrophen und Erdbeben gewohnte Japan mit den Folgen der Katastrophe einigermaßen rasch fertig geworden – sofern der Tsunami nicht auch das Kernkraftwerk Fukushima schwer in Mitleidenenschaft gezogen hätte.

45 Minuten nach dem Hauptbeben traf ein Tsunami mit einer Wellenhöhe von 13 bis 15 Metern die sechs Reaktorblöcke von Fukushima. Zum Zeitpunkt des Be-

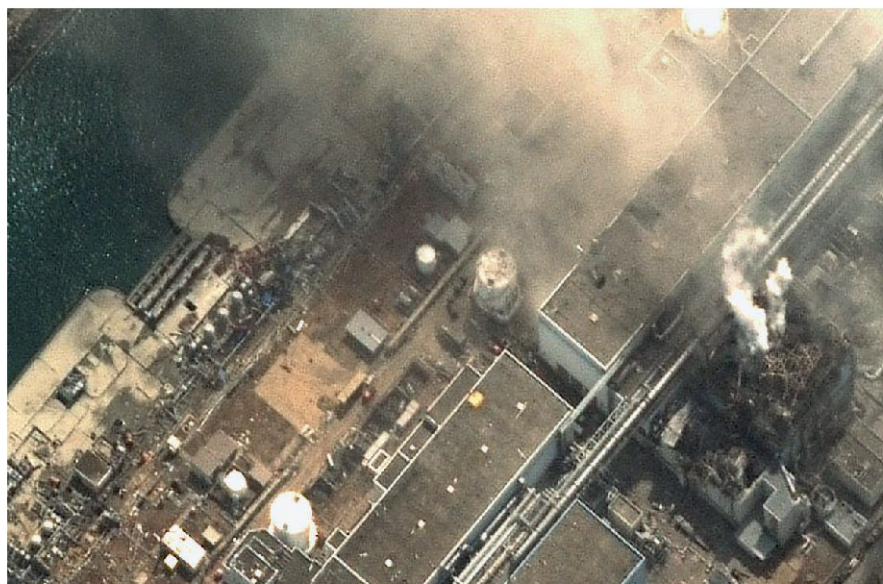


Bild: Fukushima-nuclear.com

Der schwer beschädigte Reaktorblock 3 des Kernkraftwerks von Fukushima Ende Mai 2011.

bens waren nur die Reaktorblöcke 1, 2 und 3 in Betrieb; die übrigen Reaktorblöcke waren wegen Wartungsarbeiten in unterschiedlichen Stadien heruntergefahren. Wegen des Tsunamis fiel die Stromversorgung des Kernkraftwerks aus; eine Stunde nach der Katastrophe versagten auch die Notstromaggregate. Dadurch entstand in den Reaktorbehältern eine Überhitzung. In den Blöcken 1 bis 3 kam es zu einer teilweisen Kernschmelze und zur Freisetzung von Wasserstoff (was von der Betreiberfirma Tepco jedoch erst im Mai eingestanden wurde). Zur Kühlung wurde notfallmässig Meerwasser eingesetzt, später auch Süßwasser; dadurch gelangte in erheblichem Mass Radioaktivität ins Meer und in die Umwelt. In den Blöcken 1, 3 und 4 ereigneten sich zudem Wasserstoffexplosionen, welche die Reaktorgebäude schwer beschädigten. Hoch radioaktive Abfälle wurden auf das Kraftwerksgelände geschleudert. In Block 2 wurde der Sicherheitsbehälter des Reaktors beschädigt, so dass stark kontaminiertes Wasser austrat. Bereits unmittelbar nach der Katastrophe wurden sämtliche Menschen in einem Umkreis von 2 Kilometer evakuiert; später erweiterten die Behörden den Radius auf 20 Kilometer. Betroffen waren weit über 100 000 Menschen.

Schockwellen in Deutschland

Während die japanische Öffentlichkeit diszipliniert und ru-

hig auf die Katastrophe reagierte, löste der Reaktorunfall im Ausland zum Teil geradezu Panik aus. In Europa, speziell in Deutschland, entflammte rasch wieder die Grundsatzdiskussion um die Atomkraft. Bereits am 14. März verhängte die Regierung in Berlin ein dreimonatiges Moratorium über die Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke, sämtliche deutschen Parteien sprachen sich für eine möglichst baldige Abkehr von der Kernkraft aus. Am 29. Mai beschloss die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP, alle Atomkraftwerke bis in zehn Jahren stillzulegen. In Frankreich hingegen war der Atomausstieg kein Thema, schon gar nicht in China und erstaunlicherweise auch nicht in Japan.

Der Reaktorunfall von Fukushima gab insbesondere den grünen Parteien Auftrieb. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg (am 27. März) legten die Grünen um 12,5 Prozentpunkte zu und erreichten mit 24,2 % ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl überhaupt. Sie überflügelten damit die SPD, die auf 23,1 % kam. Vertreter von CDU und FDP, insbesondere der CDU-Spitzenkandidat Stefan Mappus, hatten sich vor dem Unglück in Fukushima noch nachdrücklich für eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten in Deutschland eingesetzt. Die CDU erreichte 39,0 % (-5,2 %), die mit ihr regierende FDP 5,3 % (-5,4 %). An

die Regierung kamen damit Grüne und SPD; Winfried Kretschmar wurde erster grüner Ministerpräsident eines Bundeslandes. Die neue Regierung übernahm damit auch das heikle Dossier «Stuttgart 21». Das Projekt eines unterirdischen Bahnhofs war von den Grünen engagiert bekämpft worden (obschon es demokratisch beschlossen worden war). Die linksgrüne Regierung deutete an, dass sie «Stuttgart 21» durch ein Volksreferendum zu verhindern versuchen würde.

Auch in andern Bundesländern, so in Rheinland-Pfalz und Bremen, legten SPD und Grüne zu, während CDU und FDP Niederlagen einzustecken hatten. Mitentscheidend war nicht zuletzt die Bundespolitik: Die schwarz-gelbe Koalition hatte noch immer Mühe, Tritt zu fassen. Die FDP, die besonders stark gebeutelt wurde, wechselte ihren Chef Guido Westerwelle aus; sein Amt übernahm Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie; Westerwelle seinerseits blieb Aussenminister in der Regierung Merkel. Einen Tiefschlag erlebte die CDU/CSU durch Enthüllungen über Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Guttenberg hatte 2007 seine Doktorprüfung an der Universität Bayreuth mit dem Prädikat «summa cum laude» bestanden. Im Februar 2011 kam jedoch ans Licht, dass die Dissertation zu namhaften Teilen abgeschrieben worden war.

Nach anfänglichem Leugnen trat Guttenberg wegen der Plagiatsaffäre als Verteidigungsminister zurück; die Universität Bayreuth aberkannte ihm sein Doktorat.

«Bunga-Bunga» in Italien

In Italien, dem Lande Machiavellis und Casanovas, verlor Ministerpräsident Silvio Berlusconi definitiv die Gunst Fortunas. Der schillernde Regierungschef taumelte von Krise zu Krise und vermochte sich nur dank der Schwäche der Opposition noch an der Macht zu halten. Sein parteiinterner Rivale Gianfranco Fini probte den Aufstand und gründete eine eigene Fraktion. Berlusconi verlor dadurch die Parlamentsmehrheit, überstand jedoch wie durch ein Wunder im September und Dezember 2010 Vertrauensabstimmungen. Potenziell gefährlich wurden ihm private Skandale und Affären. Ermittlungen gegen eine 17jährige Marokkanerin führten in Berlusconis Villa bei Mailand, wo sie angeblich an «Bunga-Bunga» (erotischen Spielen) teilgenommen hatte. Am 15. Februar 2011 entschied ein Gericht in Mailand, dass sich Silvio Berlusconi wegen Amtsmissbrauchs und Umgangs mit minderjährigen Prostituierten vor Gericht verantworten müsse. Die Quittung für Skandale und Wirtschaftsprobleme erhielt der Regierungschef bei Kommunalwahlen Ende Mai: Das Rechtsbündnis verlor das Stadtpräsi-

dium in Mailand, das sie zwei Jahrzehnte lang innegehabt hatte, und noch dramatischer war die Niederlage in Neapel, wo der Mitte-links-Kandidat mit 65 % der Stimmen gegen einen Berlusconi-Parteigänger gewählt wurde.

Auch die französische Politik geriet in den Strudel privater Affären: Dominique Strauss-Kahn, seit 2007 Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde am 14. Mai auf dem New Yorker Flughafen John F. Kennedy aus einer startklaren Air-France-Maschine herausgeholt und verhaftet. Die Anklage warf ihm vor, eine Angestellte im Sofitel-Hotel vergewaltigt zu haben. Strauss-Kahn blieb bis 20. Mai in Untersuchungshaft und kam dann nach Zahlung einer Kaution gegen Auflagen (Hausarrest, Fussfesseln) frei. Die Affäre erschütterte Frankreich: Der Sozialist DSK galt als aussichtsreicher Anwärter für die französische Präsidentschaft, zumal sich der amtierende Präsident Nicolas Sarkozy in einem anhaltenden Popularitätstief befand. DSK verlor auf einen Schlag alles: Seine Ambitionen auf das Präsidentenamt zerschlugen sich, und bereits am 18. Mai gab er mit sofortiger Wirkung seinen Rücktritt als IWF-Direktor bekannt.

Unter Strauss-Kahns Leitung hatte sich der IWF weit von seiner früheren Politik entfernt, Kredite nur gegen harte Auflagen freizugeben. 2010 hatte der IWF beispielsweise Griechen-



Bild: Keystone

IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn wird nach mehrtägiger Untersuchungshaft in New York auf Kaution freigelassen.

land und andern europäischen Staaten grosszügige Hilfen in Aussicht gestellt. Ein Jahr später – im Mai 2011 – zeigte sich jedoch, dass Griechenland nicht in der Lage sein würde, seine Schulden in den Griff zu bekommen. Der Euro verlor immer mehr an Wert; gegenüber dem Schweizer Franken sank er auf knapp über 1.20 Franken. Immer gewichtiger wurden die Stimmen, die sich für eine Umschuldung oder sogar für einen Ausschluss Griechenlands aus dem Euro-Verbund aussprachen. Auch Portugal, Spanien und Italien vermochten die Verschuldungskriterien des Euro-Verbandes

längst nicht mehr zu erfüllen. In Spanien, wo unter der sozialistischen Regierung Zapatero eine harte Sparpolitik eingeleitet worden war, folgte die Quittung auf dem Fuss: Die Sozialisten erlitten bei Kommunalwahlen im Mai 2011 eine schwere Niederlage.

Afrikanische Tragödie

Der schwarze Kontinent machte erneut durch unrühmliche Ereignisse von sich reden. Wie bei früheren Gelegenheiten in Kenya oder Zimbabwe akzeptierte auch in der Elfenbeinküste der bei Präsidentschaftswahlen unterlegene Amtsinhaber das Ergebnis nicht. Präsident Laurent Gbagbo hatte zwar in der ersten Runde der Wahlen (am 31. Oktober 2010) die absolute Stimmenmehrheit (38 %) vor den Herausforderern Alassane Ouattara (32 %) und Henri Konan Bédié (25 %) erzielt. In der zweiten Runde (am 28. November), als nur noch Gbagbo und Ouattara antreten durften, schwang Ouattara obenau: Die

Wahlkommission erklärte ihn mit 54 % der Stimmen zum Sieger. Gbagbo weigerte sich jedoch, das Ergebnis anzuerkennen. Der von ihm kontrollierte Verfassungsrat erklärte ihn mit 51,45 % zum Sieger, worauf sich Gbagbo am 4. Dezember erneut als Präsident vereidigen liess. Dies, obwohl die UNO, die EU und die USA Ouattara als Wahlsieger anerkannten. Gbagbo wie Ouattara beharrten auf ihren Positionen. Zwischen bewaffneten Organisationen der beiden Seiten kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die bis zuletzt an die 500 Menschenleben forderten. Über 300 000 Menschen flüchteten. Die Elfenbeinküste, dank des Anbaus von Kakao und Kaffee potenziell eines der reicheren Länder Afrikas, versank in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Schliesslich machten französische Elitetruppen dem Spuk am 4. April ein Ende. Sie setzten Gbagbo in seinem Bunker in Abidjan, wo er sich verschanzt hatte, gefangen.

Doch es gab auch ermutigende Entwicklungen auf dem afri-

kanischen Kontinent: Im Süden Sudans entstand ein neuer Staat, der rund doppelt so gross sein wird wie Deutschland. Seit der Unabhängigkeit des Sudans von Grossbritannien (1956) waren die (grossenteils christlichen) Südsudanese vom (islamischen) Norden unterdrückt worden. Ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg wurde 2005 schliesslich durch ein Friedensabkommen beendet; dieses sah vor, dass der Südsudan in einem Referendum über einen Verbleib beim Sudan oder Unabhängigkeit entscheiden konnte. Diese Volksabstimmung fand zwischen dem 9. und 15. Januar 2011 statt und ergab ein deutliches Resultat: 99 % der Südsudanese sprachen sich für die Unabhängigkeit aus. Der wegen des Dharfur-Krieges international geächtete Staatschef Omar Hassan al-Bashir anerkannte das Ergebnis des Referendums. Einer Lösung harren jedoch noch territoriale Fragen sowie die Verteilung des Ölreichtums im Süden Sudans.



HIRSCHEN WALD

auf dem Weg von Wald nach St. Anton

- **Komfortable Zimmer**
- **Heimeliges Restaurant**
- **Eigene Bäckerei**
- **Gepflegte Räumlichkeiten für Gesellschaften**

Familie W. Mettler-Meya, 9044 Wald AR
Telefon 071 877 11 46, Di. und Mi. Ruhetage

Kein Wort zuviel.



www.appon.ch

Misst man Glück allein am Gedeihen der Wirtschaft, so erfreute sich die Schweiz 2010/2011 eines ausgezeichneten Jahres. Trotz eines immer stärkeren Schweizer Frankens konnte sich die Exportwirtschaft erstaunlich gut behaupten; auch die Binnenwirtschaft florierte. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich zwischen März 2010 und März 2011 um 31 127 Personen, was einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 4,2 auf 3,4 % entsprach. In mehreren Branchen ergaben sich sogar Personalengpässe. Entsprechend gross war die Zuwanderung aus dem Ausland. 134 171 ausländische Personen liessen sich 2010 neu in der Schweiz nieder (nicht mitgezählt Asylsuchende, ausländische Funktionäre und Grenzgänger). Unter Berücksichtigung der Menschen, welche die Schweiz verliessen, resultierte ein Einwanderungssaldo von beinahe 70 000 Personen.

Umstrittene Personenfreizügigkeit

Gemäss Zahlen des Bundesamtes für Statistik sind seit Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU (2002) jährlich im Durchschnitt rund 140 000 Personen in die Schweiz eingewandert, während 80 000 unser Land verliessen. Attraktiv in der Schweiz sind nicht zuletzt tiefe

Steuern, Karrierechancen und eine vergleichsweise hohe Lebensqualität. 2011 belief sich die Wohnbevölkerung auf 7,8 Millionen (davon 1,7 Millionen Ausländer); extrapoliert man die heutige Entwicklung, so würden 2035 in der Schweiz 8,8 Millionen Menschen leben.

Dass solche Zahlen im Wahljahr 2011 der SVP Argumente in die Hand gaben, war kaum erstaunlich. Bedenken gegen die ungebremste Zuwanderung kamen jedoch auch von ökologischer Seite. Das derzeitige Bevölkerungswachstum von 1,3 % pro Jahr belastete das Land über Gebühr, stellte eine Vereinigung Umwelt und Bevölkerung (Ecopop) fest. Die Schweiz könne es sich nicht leisten, dass das Land immer stärker überbaut werde

und der Konsum ständig steige. Ecopop lancierte im Februar 2011 eine Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen», deren Kernforderung lautete, das Wachstum der Wohnbevölkerung im Dreijahresdurchschnitt auf 0,2 % zu begrenzen. So unrealistisch diese Zielvorstellung sein dürfte – sie findet in der Bevölkerung grundsätzlich viel Zustimmung: 59 Prozent äusserten sich in einer Meinungsumfrage zugunsten von Zuwanderungsbegrenzungen. Die SVP, die punkto Ausländerpolitik seit Jahren die Themenführerschaft beansprucht, kündigte ihrerseits eine Volksinitiative an, die eine Kündigung oder eine Neuverhandlung des Personenfreizügigkeits-



Bild: Keystone

Anhänger der SVP demonstrieren am 6. November 2010 mit Ballonen mit schwarzen Schafen zugunsten der Ausschaffungsinitiative.

abkommens mit der EU zum Inhalt haben sollte.

Gegen kriminelle Ausländer

Bei den eidgenössischen Volksabstimmungen setzte sich ein Trend der vergangenen Jahre fort: Chancen haben Volksbegehren, welche der Präsenz nicht integrierbarer Ausländer einen Riegel schieben möchten. Entgegen der Empfehlung von Bundesrat und Parlamentsmehrheit sprachen sich die Stimmberechtigten am 28. November 2010 für die SVP-Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» aus; 52,9 % legten ein Ja in die Urne. Der Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament wurde mit 54,2 % verworfen. 2009 hatten die Stimmenden der Anti-Minarets-Initiative aus dem rechten politischen Lager zugestimmt.

Ebenfalls am 28. November 2010 schickten die Stimmenden die SP-Initiative «Für faire Steuern. Stopp dem Steuerwettbewerb» wuchtig mit 58,5 % bachab. Trotz unbestreitbaren Problemen im Steuerbereich zeigte sich, dass eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer die Steuerhoheit der Kantone nicht preisgeben wollten. Nein sagten sie auch zur linken Waffenschutzinitiative; 56,3 % der Stimmenden votierten am 13. Februar 2011 dagegen. Laut dem Begehren hätten Armee- und Waffengeräte neu im Zeughaus deponiert werden und sämtliche Feuerwaffen zentral beim Bund statt

in den Kantonen registriert werden müssen. Deutlich Ja, mit 53,4 %, sagten die Stimmenden am 26. September 2010 zur Revision der Arbeitslosenversicherung.

Fukushima-Effekt

Der Unfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima machte auch in der Schweiz die Atomkraft wieder zu einem Kernthema der Politik. Bisher war man davon ausgegangen, dass der stetig wachsende Elektrizitätskonsum keine Alternativen erlaube und dass im Hinblick auf die Abschaltung der älteren Reaktoren Ersatz in der Schweiz geschaffen werden müsse. Als Standorte neuer Projekte waren Mühleberg (BE), Beznau (AG) und Gösgen (SO) ins Auge gefasst worden. Im Kanton Bern war im Februar 2011 die Bevölkerung aufgerufen, ihre Meinung zu einem neuen Kernkraftwerk in Mühleberg in einer Volksabstimmung zu äussern. 51,2 % legten ein Ja in die Urne. Die Befürworter, angeführt vom bürgerlichen Lager und unterstützt vom Energiekonzern BKW, hatten geltend gemacht, ohne Atomkraft drohe eine Stromlücke.

Nach Fukushima war plötzlich alles anders. Von einem Ersatz der auslaufenden Reaktoren war keine Rede mehr; vielmehr wurde, bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein nach einem grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomenergie gerufen.

Der Bundesrat nahm diese Stimmung auf. Am 25. Mai beschloss die Landesregierung, die bestehenden Kernkraftwerke am Ende ihrer Laufzeit definitiv vom Netz zu nehmen und keinen Ersatz mehr zu ermöglichen. Die Landesregierung ging von einer Betriebsdauer von 50 Jahren aus. Das erste AKW müsste demnach 2019 vom Netz genommen werden, das letzte 2034. Im Jahr 2019 soll Beznau I abgeschaltet werden. Beznau II und Mühleberg sollen 2022 folgen, Gösgen 2029 und Leibstadt 2034. Wie durch Indiskretionen bekannt wurde, hatten die vier weiblichen Bundesratsmitglieder für den Atomausstieg votiert, darunter auch die bisher überaus kernkraftwerkfreundliche Doris Leuthard (CVP), während die drei Männer (Maurer, Burkhalter, Schneider-Ammann) sich dagegen wandten. Leuthard machte keinen Hehl daraus, dass der Atom-Ausstieg «etwas kosten wird». Wie die zu erwartende Stromlücke geschlossen werden kann und ob die Bevölkerung und die Wirtschaft dereinst zu massiv höheren Energieabgaben Ja sagen werden, blieb freilich offen.

Der Fukushima-Effekt wirkte sich auch bei Wahlen aus. Kurzfristig profitierten die grünen Parteien. Bei den stets als Stimmungsbarometer vor eidgenössischen Wahlen geltenden Wahlen im Kanton Zürich (am 3. April 2010) kamen die Grünen auf 10,57 %, die Grünliberalen auf 10,27 %; gegenüber den Wah-

len von 2007 legte die GLP um 4,5 % zu. Die SVP blieb unangefochten stärkste Partei mit knapp 29,64 % Wähleranteil; die SP kam auf 19,32 %, während die FDP um über 3 % auf 12,93 und die CVP um 2,4 auf 4,86 % absackten. Auch bei den Wahlen im Kanton Luzern verloren CVP und FDP, während die SVP zulegte. Die Grünliberalen kamen hier aus dem Stand heraus auf 5,9 %.

Die Mitte-Parteien zahlten die Zeche für ein diffuses Erscheinungsbild und ihre Unfähigkeit, Lösungen für die drängenden Probleme aufzuzeigen. Die SP sorgte ihrerseits für Kopfschütteln, als sie sich in ihrem neuen Parteiprogramm zur Überwindung des Kapitalismus, zur Aufhebung der Wehrpflicht und zum Beitritt zur EU bekannte.

Zwei Rücktritte aus dem Bundesrat

Zwei Bundesräte schieden rund ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen vorzeitig aus ihrem Amt: Moritz Leuenberger und Hans-Rudolf Merz. Eigentlich für eine vierjährige Amtszeit gewählt, wäre ihre Amtszeit erst 2011 ausgelaufen, und beide wären eigentlich recht gern bis Ende 2011 in der Landesregierung geblieben. Ihre Parteien wollten jedoch mit neuen Kräften ins Wahljahr starten – so wie es besonders krass die CVP Anfang 1999 vorgemacht hatte (damals waren Ruth Metzler und Joseph Deiss anstelle von Arnold



Versöhnliches Ende einer Bundesrats-Karriere: Finanzminister Hans-Rudolf Merz an einem seiner letzten Auftritte vor dem Nationalrat.



Johann Schneider-Ammann und Simonetta Sommaruga werden am 22. September 2010 als neue Mitglieder des Bundesrates vereidigt.



Bild: Keystone

Ein Freudentag für die Schweiz: Der Durchstich des Gotthard-Basistunnels der Neat am 15. Oktober 2010.

Koller und Flavio Cotti gewählt worden). Leuenberger und Merz brachten es indessen nicht fertig, ihren Rücktritt am selben Tag bekanntzugeben. Der Zürcher SP-Mann gab seine Demission als Vorsteher des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) am 9. Juli per Ende 2010 bekannt. Merz, der von Leuenberger offenkundig überrumpelt worden war, trat am 6. August vor die Mikrophone und kündigte seinerseits den Rücktritt per Ende Oktober 2010 an. Nach peinlichen Diskussionen einigten sich die beiden Magistraten schliesslich auf ein gemeinsames Ausscheiden aus dem Amt (per Ende Oktober) und auf Neuwahlen während der Herbstsession.

Die SP nominierte die Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga und die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr, die FDP

die St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter und den Berner Nationalrat Johann Schneider-Ammann. Gewählt wurden Sommaruga und Schneider-Ammann – erstmals zwei Vertreter aus dem selben Kanton am gleichen Tag. Ein weiteres Novum in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaats: Erstmals gab es im Bundesrat eine Frauenmehrheit. Logischerweise hätte Sommaruga das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement und Schneider-Ammann die Finanzen übernehmen können. Doch die CVP drängte ihre Bundesrätin Doris Leuthard, von der Wirtschaft ins Uvek hinüberzuwechseln. Eveline Widmer-Schlumpf nahm ihrerseits die Chance für einen Departementswechsel wahr: Sie verliess das EJPD und wechselte ins Finanzdepartement, obschon ihre Wiederwahlchancen nach den eidgenössischen

Wahlen 2011 wenig verheissungsvoll aussahen. Für Schneider-Ammann verblieb die Wirtschaft, für die Nicht-Juristin Sommaruga das Justiz- und Polizeidepartement. Begreiflicherweise war vor allem die SP empört über das Manöver von Widmer-Schlumpf.

Dem für sein Verhalten in der Libyen-Krise und bei der UBS-Affäre viel gescholtenen Hans-Rudolf Merz blieb die Genugtuung, während seiner Amtszeit die Bundesfinanzen wieder ins Lot gebracht zu haben. Moritz Leuenberger durfte als eine seiner letzten Amtshandlungen – und als Krönung seiner Amtszeit als Verkehrsminister – den Durchstich des Gotthard-Basistunnels der Neat zelebrieren. Am 15. Oktober 2010, um 14.17 Uhr, war es so weit: Die Bohrmaschine durchbrach planmässig das letzte Stück Fels. Europas grösstes Infrastrukturprojekt mit einer Länge von 57 Kilometern war damit nach elfjähriger Bauzeit ein entscheidendes Stück vorangekommen. Für die Eidgenossenschaft ein historischer Freudentag. Die EU-Verkehrsminister blieben hingegen dem Anlass fern und verfolgten ihn lediglich per Fernseh-Zuschaltung. Während die Schweiz Weichen für Europa stellte, um den Schwerverkehr umweltgerecht durch die Alpen zu lenken, taten sich die Anrainerstaaten Deutschland und Italien schwer, die versprochenen Anschlusslinien und Verladeterminale zu realisieren.